

# **Die Deutsch-Amerikanische Partnerschaft: Überwindung der Krise**

## **Memorandum der deutsch-amerikanischen Expertengruppe**

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten befinden sich in einer tiefen Krise. Eine jahrzehntelange enge und freundschaftliche Verbindung steht auf dem Spiel. Nichtsdestoweniger bleiben Deutschland und die USA enge Verbündete und stehen in einer der weltweit wichtigsten Wirtschaftspartnerschaft zueinander. Die vergangenen politischen Erfolge, wie das Ende des Kalten Krieges, die Wiedervereinigung Deutschlands, die Befriedung des Balkans oder die Einbeziehung Mittel- und Osteuropas in die NATO, basierten zum großen Teil auf gemeinsamen deutsch-amerikanischen Bemühungen. Darüber hinaus stellt Deutschland derzeit mehr als 9000 Soldaten für Militäreinsätze auf dem Balkan, in Zentralasien und am Horn von Afrika zur Verfügung. Tatsächlich stellen nur wenige Länder mehr Soldaten für von den USA geführte oder zumindest unterstützte Einsätze bereit. Konzentriert man sich allein auf den Streit über zu geringe deutsche Verteidigungsausgaben oder den amerikanischen Unilateralismus im Irak, so verkennt man die strategische Bedeutung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft und versperrt darüber hinaus Wege zur Verbesserung der Beziehungen.

### **Eine gemeinsame Agenda**

Angesichts der Bedeutung der deutsch-amerikanischen Partnerschaft und der Schwere der Krise kann man sich nicht allein auf Selbstheilungsprozesse verlassen. Sowohl die USA wie auch Deutschland müssen aktive und nachhaltige Schritte zur Wiederannäherung unternehmen und dabei die transatlantische Werte- und Interessengemeinschaft erneut bekräftigen. Allerdings wird es keine Rückkehr zur Situation vor dem 11. September oder vor dem Irak-Krieg mehr geben. Statt dessen muss das Ziel in einer neuen, reiferen deutsch-amerikanischen Partnerschaft liegen, die den Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt: den neuen Bedrohungen, die neue Antworten erfordern; dem berechtigten Wunsch der EU, eine eigenständige Kraft in der Sicherheitspolitik zu werden; der Ausweitung der euro-atlantischen Gemeinschaft und der Erweiterung der NATO; der neuen, weiter gefassten Rolle der NATO sowie den wachsenden europäisch-amerikanischen Asymmetrien bei der militärischen Leistungsfähigkeit.

Um diese neue, reifere Partnerschaft zu erreichen, müssen beide Seiten unverzüglich Anstrengungen unternehmen, um bestehende Spannungen abzubauen und um das Fundament für die Wiederherstellung von Vertrauen und effektiver Zusammenarbeit zu legen.

### **Handlungsempfehlungen für Deutschland**

- Deutschland muss klarstellen, dass es die NATO als das vordringliche Instrument betrachtet, um seine Sicherheitsinteressen zu verfolgen. Es sollte deshalb von europäischen Initiativen Abstand nehmen, die als gegen die NATO gerichtet interpretiert werden können. Wie die neuen Aufgaben der NATO in Afghanistan oder Irak zeigen, bleibt die Nordatlantische Allianz eines der wenigen effektiven Instrumente, um die Quadratur des Kreises aus Multilateralismus, Leistungsfähigkeit und starkem amerikanischen "commitment" zustande zu bringen. Damit wird die NATO zu einem

einzigartigen Instrument für die Umsetzung deutscher Sicherheitsinteressen. Dadurch, dass Deutschland im Februar 2003 einen NATO-Konsens für eine mögliche Verteidigung der Türkei verhindert hat, riskierte es die Aushöhlung des Kerninstruments seiner Außen- und Sicherheitspolitik.

- Deutschland sollte jeglicher Versuchung widerstehen, die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Aufbau eines Gegengewichts zu den USA umzumünzen. Eine beachtliche Anzahl von europäischen Staaten sind nicht mehr bereit, in allen Fragen zur europäischen Integration einer deutsch-französischen Führung zu folgen - von transatlantischen Fragen ganz zu schweigen. Die Ideen eines "deutschen Weges" oder einer "deutsch-französisch-russischen Achse" führen in eine Sackgasse. Statt dessen sollte Deutschland - unter Einbeziehung Großbritanniens und aller anderen NATO-Partner - Projekte fördern, welche die NATO stärken und dazu beitragen, die volle Leistungsfähigkeit der geplanten EU-Streitmacht zu erreichen. Gleichzeitig sollte Deutschland den wahllosen Gebrauch des Begriffs "Multipolarität" vermeiden. "Multipolarität" ist kein Wert in sich und es ist keinesfalls gesichert, dass eine "multipolare" Welt zwangsläufig stabiler und sicherer wäre.
- Deutschland muss dem Erhalt der "Bündnisfähigkeit" mit den USA größte Bedeutung beimessen. Das erfordert, dass der Begriff der "Transformation" sowohl in seiner technischen wie auch in seiner intellektuellen Dimension verstanden wird. Damit sind verteidigungspolitische Initiativen im EU-Kontext keinesfalls ausgeschlossen. Dennoch gibt es gerade für anspruchsvollere Militäroperationen keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den USA. Deutschland muss seine Streitkräfte transformieren und sich dabei auf einige Kernbereiche konzentrieren: auf den Bereich der Information, Kommunikation und Aufklärung (C4ISR), auf den Lufttransport oder auf die Verteidigung gegen biologische oder chemische Angriffe. Zu diesem Zweck muss Deutschland seine Verteidigungsausgaben erhöhen, um so seine Glaubwürdigkeit als militärischer Partner der USA wieder herzustellen.
- Politische Entscheidungsträger in Deutschland und insbesondere die Bundesregierung müssen größere Anstrengungen unternehmen, um das öffentliche Bewußtsein hinsichtlich der Bedrohungen nationaler und internationaler Sicherheit zu schärfen. Darüber hinaus müssen sie eine breitere Debatte über die deutschen Sicherheitsinteressen herbeiführen. Die derzeitigen Spannungen zwischen Deutschland und den USA sind nicht zuletzt auch auf die unterschiedliche öffentliche Bedrohungswahrnehmung in beiden Ländern zurückzuführen. Viele Deutsche teilen weder den amerikanischen Sinn für Verwundbarkeit, noch die amerikanischen Sorgen mit Blick auf den Umgang mit den sogenannten "rogue states". Mehr noch, während der 11. September nach wie vor ein zentrales Datum für die USA darstellt, ist er aus dem Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit, die sich wieder nahezu völlig auf innenpolitische Probleme konzentriert, weitgehend geschwunden. Kurz, während sich die USA nach wie vor "im Krieg" befinden, gibt es ein solches Gefühl in Deutschland nicht mehr. Wenn man sich dieser Wahrnehmungslücke nicht stärker annimmt, so sind weitere Friktionen geradezu vorprogrammiert.

### **Handlungsempfehlungen für die USA**

- Um globale Sicherheitsprobleme anzugehen, bleiben die USA, ungeachtet ihres militärischen Übergewichts, auf Verbündete angewiesen. Folglich bedarf es wirklicher

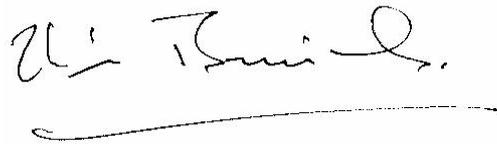
Konsultationen mit diesen Verbündeten - allen voran mit Deutschland. Dies erfordert eine systematische Einbeziehung der Partner in die frühzeitige Analyse und Bewertung gemeinsamer Probleme sowie in die Entwicklung erforderlicher Gegenmaßnahmen. Allerdings macht es das verbreitete Image der USA als ein Land mit wachsender militärischer Stärke bei gleichzeitig schwindendem internationalen Prestige äußerst schwer, die Zustimmung der Öffentlichkeit zu besonders kontroversen Problemen - wie etwa der Irakfrage - zu bekommen.

- Auch eine Nation ohne ebenbürtige Gegner kann nicht ohne Partner auskommen. Die USA sollten wieder den kooperativen internationalen Kurs einschlagen, den sie so standfest und erfolgreich seit 1945 verfolgt haben. Er hat den amerikanischen Interessen der Vergangenheit genützt und wird dies auch mit Blick auf die Gegenwart tun.
- Anstatt an der Unterscheidung zwischen dem "alten" und dem "neuen" Europa festzuhalten, sollten sich die USA ernsthaft darum bemühen, die Verbindungen zu allen europäischen Partnern wieder herzustellen. Amerika hat ein vereintes Europa stets als im eigenen Interesse liegend betrachtet. Entsteht der Verdacht, dass die USA aktiv auf eine Spaltung Europas hinarbeiten, so würde dies einen europäischen Trend hin zu alternativen (und damit gegen die USA gerichteten) Arrangements eher verstärken als unterbinden.
- Die USA müssen klarstellen, dass die Nordatlantische Allianz der Kern eines neuen transatlantischen Konsenses im sicherheitspolitischen Umfeld nach dem 11. September bleibt. Zwar kann dieses neue Umfeld gelegentlich Koalitionen der Willigen (Coalitions of the Willing) erforderlich machen. Allerdings darf dies nicht den bewährten Nutzen der NATO als ein einzigartig erfolgreiches Bündnis schmälern, welches den USA großes Wohlwollen entgegenbringt und ihnen einen beispiellosen Einfluss gewährt. Die aktuelle Neuausrichtung der NATO auf die künftigen Gefahren des Terrorismus und der Massenvernichtungswaffen zeigt, dass das Bündnis der unverzichtbare Legitimationsrahmen für die amerikanische Macht in Europa bleibt. Deshalb bleiben die USA eine "europäische Macht", die erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung Europas als ungeteilter, demokratischer, marktorientierter und nicht zuletzt transatlantischer Kontinent nimmt.

### **Felder gemeinsamen Handelns**

- Beide Seiten sollten auf eine geradezu hetzerische Rhetorik verzichten, die vor allem auf das jeweils eigene Publikum ausgerichtet ist. Sowohl Antiamerikanismus wie auch eine Anti-Europa-Haltung schaden unserer strategischen Beziehung.
- Der Anpassungsprozess der NATO muss fortgesetzt werden. Mit ihren neuen Rollen in Afghanistan und im Irak hat die NATO ihre "eurozentrische" Ausrichtung endgültig abgelegt. Sie wird damit zu einem Instrument, mit dem transatlantische Sicherheitsinteressen gewahrt werden können, wo immer dies als nötig erachtet wird. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten, die NATO als Vermittler bei der deutsch-amerikanischen Wiederannäherung zu nutzen. Um dieses Potential auszuschöpfen, müssen sich die USA voll und ganz in den NATO-Konsultationsprozess einbringen. Im Gegenzug muss sich Deutschland nachhaltig für die Transformation der militärischen Kapazitäten der NATO einsetzen.

- Deutschland und die USA sollten zusammenarbeiten, um zu einer transatlantischen Strategie für den gesamten Nahen Osten (Greater Middle East) beizutragen. Der Krieg im Irak hat eine neue Dynamik in der Region zur Folge - diese Impulse müssen aufrecht erhalten werden. In diesem Zusammenhang sollte man eine erweiterte Rolle für die NATO bei der Stabilisierung des Irak sowie bei der Umsetzung eines möglichen israelisch-palästinensischen Übereinkommens ernsthaft in Betracht ziehen. Als ein nächster Schritt sollte eine aktivere Rolle für die NATO im Irak angestrebt werden, sobald über den internationalen Rahmen einer solchen Einbeziehung Einigkeit besteht. Dies würde dazu beitragen, die transatlantische Zusammenarbeit auf einem Feld zu institutionalisieren, das sowohl für die USA wie auch für deren Verbündete von zentraler strategischer Bedeutung ist.
- Deutschland und die USA müssen einen fortgesetzten strategischen Dialog auf höchster Ebene führen, um die Differenzen bei der Bedrohungsanalyse oder der Entwicklung gemeinsamer Strategien einander anzunähern. Dieser Dialog sollte auf der National Security Strategy der USA und auf der demnächst erscheinenden Sicherheitsstrategie der EU aufbauen. Ein solcher deutsch-amerikanischer Dialog wäre ein wesentlicher Beitrag zu dem überfälligen europäisch-amerikanischen Dialog über globale Sicherheitsfragen.

Klaus Naumann, Gen. a.D., ehem. Chairman,  
NATO Military Committee

Zbigniew Brzezinski, CSIS

Wolfgang Schäuble, MdB  
Christian Schmidt, MdB  
Ruprecht Polenz, MdB  
Juergen Herrmann, MdB  
Horst Teltschik, Boeing-Germany  
Rudolf Dolzer, Universität Bonn  
Michael Rühle  
Wilhelm Staudacher, Konrad-Adenauer-  
Stiftung  
Franz-Josef Reuter, Konrad Adenauer  
Stiftung  
Karl-Heinz Kamp, Konrad Adenauer Stiftung

Robert Hunter, RAND Corporation  
Michael Haltzel  
John Hulsman, Heritage Foundation  
William Odom, Hudson Institute  
Stephen Larrabee, RAND Corporation  
Simon Serfaty, CSIS  
Juliane Smith, CSIS